

Deshalb würden wir gerne vor der Wahl von Ihnen wissen, wie Sie sich persönlich zu den folgenden Themen und Fragen positionieren?

1. Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht. Wir erleben aber, dass die Realität in Köln eine andere ist. Die Mieten steigen und es ist mitunter nicht leicht, für Familien, Menschen mit geringerem Einkommen, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.

- a. Wie ist Ihre Position zum Themenbereich bezahlbarer Wohnraum?*
- b. Welche Maßnahmen planen Sie, dass Menschen gut und gerne in Köln leben können?*
- c. Was werden Sie tun, um geförderte Wohnungen in der Innenstadt zu halten und eine Verdrängung der Menschen aus ihren Vierteln zu stoppen.*

- a. Ich möchte generell den Verkauf städtischer Grundstücke abschaffen! Stattdessen soll die Stadt Grundstücke in Erbbaurecht vergeben. Die so entstandenen geförderten Wohnungen sollen über 99 Jahre Sozialwohnungen bleiben. Ich will eine weitere, zu 100 % städtische Wohnungsgesellschaft schaffen. Neue Wohnformen will ich fördern und Wohnhäuser in Holzbauweise schaffen. Ich will mit der Verwaltung konkret die Probleme anpacken. Das Mittel der Task-Force hat sich bewährt. Zur Wohnungspolitik will ich sofort eine Task Force einrichten und Wohnungspolitik so zur Chefsache machen.

Von den städtischen und stadtnahen Wohnungsbauunternehmen erwarte ich jährlich 3.000 neue Wohnungen, davon 70 % im geförderten und 30 % im preisgedämpften Segment. Hier darf nie eine Miete verlangt werden, die über die Kostenmiete hinaus geht.

- b. Generell würde ich die Vergabe von städtischen Grundstücken unter soziale Kriterien stellen (Konzeptvergabe). Das bedeutet, wer speziell Wohnraum für Alte, Behinderte, Obdachlose, aber auch Studenten sowie bezahlbaren Wohnraum schafft, kommt eher zum Zuge. Soziale Wohnprojekte wie Housing-First will ich voranbringen. Dem öffentlichen Raum will ich mehr Aufmerksamkeit widmen. Ich würde zehn neue Sozialräume schaffen und die sozialen Angebote dort, z. B. Beratungsangebote, verbessern.
- c. Ich werde die Verwaltung beauftragen, Erhaltungssatzungen auszuarbeiten und Zweckentfremdung von Wohnraum energisch bekämpfen. Ich würde alles dafür tun, um eine Obergrenze für die Miete festzulegen. Alternative und zielgruppenspezifische Wohnmodelle, wie Wohngruppen für Senioren, Alleinerziehende oder Menschen mit Handicap würde ich fördern. Solange in Köln Wohnungsnot herrscht, und der Grund und Boden knapp ist, sollen ausschließlich Mehrfamilienhäuser gebaut werden.

2. Bildung

Die Corona-Krise hat ganz deutlich offengelegt, dass der Bildungssektor in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Die Schulen sind nicht ausreichend auf den Digitalisierungsprozess vorbereitet worden. Die nötige Technik und das Wissen damit umzugehen, sind nicht immer vorhanden.

Insbesondere möchten wir Ihre Position im Hinblick erfragen auf:

- a. Welche Maßnahmen planen Sie im Punkte Digitalisierung in der Schule?*
- b. Welche Maßnahmen planen Sie in Bezug auf die Bildungsgleichheit?*
- c. Wie stellen Sie sicher, dass gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus einen Zugang zu guter Bildung bekommen?*

- a) Durch den Digitalpakt haben die Schulen jetzt die Möglichkeit, eine digitale Ausstattung für die Schulen zu bekommen. Die Gelder kommen von Bund und werden über die Landesregierung verteilt. Was fehlt, ist die Unterstützung der Schulen schon bei der Konzeptentwicklung, bei der Frage: Was brauchen wir, wie möchten wir in Zukunft unterrichten?
Hier würde ich über kommunale Mittel bereits im Vorfeld der wichtigen Entscheidungen Fortbildung anbieten. Den Schulen nützt es nichts, wenn die Lehrer

fortgebildet werden und dann feststellen, dass sie die falschen Geräte angeschafft haben.

- b) Es darf nicht sein, dass der Geldbeutel darüber entscheidet, ob das Kind den digitalen Unterricht in Coronazeiten mitmachen kann, weil es daheim Internet und Computer gibt – oder eben nicht. Deshalb muss Köln jetzt alle Köln-Pass-Kinder schnell mit Endgeräten ausstatten. Wenn die Gelder vom Bund lange nicht fließen, weil die Bundesregierung zu viele bürokratische Hürden aufgebaut hat, dann muss die Stadt eben in Vorleistungen gehen. Das Gegenteil ist der Fall. Uns sind Fälle bekannt, wo die berechtigten Bedarfe der Kinder zwischen Jobcenter und Jugendamt hin und her geschoben werden. Ich will Kinder zum Lernen ermutigen und nicht sie frustrieren und abschrecken.
- c) Gesamtschulen eröffnen vielen Kindern aus nicht akademischen Familien den Zugang zum Abitur, in einem viel größeren Ausmaß als Gymnasien das leisten. Deswegen will ich, dass alle Gesamtschulwünsche in Köln erfüllt werden, spätestens 2025 und nicht erst am Sankt-Nimmerleinstag. Das soll über ein Ausbauprogramm erfolgen, das 12 neue Gesamtschulen bis 2025 an den Start bringt. Ich will Schulen mit mehr sozial benachteiligten Schülern stärken, mit mehr Sozialarbeit, Mitteln für Förderung, Priorisierung von Baumaßnahmen, aber auch mit mehr Geld für besondere Projekte. Außerdem wollen wir die Grundschulbezirke wieder einführen, um unsere Schulen wieder stärker zu durchmischen.

Nachhilfe, Musikschule, Sportverein – Kinder aus einkommensschwachen Familien können dies nicht nutzen.

d. Wie werden Sie die soziale Teilhabe dieser Kinder verbessern?

e. Welche Position vertreten Sie zum Ausbau von befähigenden Sachleistungen wie die kostenlose Nachhilfe oder den freien Eintritt bei Kulturveranstaltungen?

- d. Kinderarmut will ich bekämpfen: 1 Mio. Euro zusätzliche Mittel für benachteiligte Schulen und ein koordiniertes Vorgehen sollen sicherstellen, dass diese Kinder über die Schule an Angeboten von Sportvereinen, Jugendhilfeträgern und anderen teilnehmen. Denn viele arme Familien trauen sich gar nicht zu gucken, welche Angebote in meiner Umgebung sind kostenlos? Was kann mein Kind nutzen?

Die Rheinische Musikschule engagiert sich jetzt schon mit dem Programm „Outreach“ in Sozialräumen wie Kalk und Chorweiler. Sie soll die Mittel erhalten, mit "Outreach" in allen Sozialräumen diese Arbeit an Kitas und Schulen auszuweiten. Angebote für Nachhilfe in Jugendzentren werden ausgeweitet, indem die Stadt hilft Projektmittel einzuholen oder Mittel zur Verfügung stellt.

- e. Kinder mit Köln-Pass haben jetzt schon die Möglichkeit, kostenlose Nachhilfe über das Bildungs- und Teilhabepaket zu bekommen, auch wenn ihre Versetzung nicht gefährdet ist. Darüber hinaus will ich den Köln-Pass weiter ausbauen. Ich möchte, dass mehr Geringverdiener und ihre Kinder als bisher seine Leistungen nutzen können (mit einem Einkommen von 140 % des Leistungssatzes). Es sollen auch weitere Angebote dazukommen, z.B. endlich ein ermäßigtes Vierer-Ticket für Kinder, damit Angebote nicht an der KVB-Fahrkarte dorthin scheitern.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Lohn / Care-Arbeit

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade für Frauen. Die Krise hat gezeigt, dass es meist Frauen sind, die zuhause bleiben, die Care-Arbeit übernehmen und zeitgleich noch im Homeoffice arbeiten.

a. Wie setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung der Geschlechter in Bezug auf Bezahlung und Care-Arbeit ein?

- a. Der Kölner OB hat in erster Linie die Möglichkeit, die Arbeitsverhältnisse bei der Stadt zu gestalten. Im Moment gibt es in der Verwaltung Anreize und Möglichkeiten für

Familienverpflichtungen zeitweise Stunden zu reduzieren, gerade auch für Männer. In den oberen Etagen sieht es durch die faktische Präsenzpflcht und fehlende Jobsharingmöglichkeiten dagegen mau aus. Und in den unteren Einkommensstufen geht Teilzeit allein aus finanziellen Gründen nicht. Hier muss Köln durch seine wichtige Rolle im kommunalen Arbeitgeberverband die unteren Lohngruppen aufwerten. Der öffentliche Dienst hat immer auch eine Ausstrahlung auf die anderen Branchen.

Auch die stadteigenen Unternehmen müssen Frauenförderung betreiben. Sie müssen endlich ausnahmslos Frauenförderpläne vorlegen. Das ist die Grundlage, auf der alles Weitere aufbaut, so etwas wie das kleine Einmaleins.

Wie wollen Sie gewährleisten,

b. dass den Familien genügend Zeitressourcen gewährt wird, um Familienleben gestalten zu können?

c. und gleichzeitig qualifizierte Wiedereinstiegsmodelle ermöglicht werden, sowie flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer mehr und mehr attraktiv werden?

- b. Solange die Kinder klein sind, brauchen Eltern einen Kitaplatz so nah wie möglich, damit sie nicht zusätzlich zum Weg zur Arbeit lange Fahrtzeiten zur Kita auf sich nehmen müssen. Das lässt sich nur erreichen, indem mehr Kitas gebaut werden. Ich möchte nicht, dass die Stadt dazu weiter ausschließlich auf Investoren setzt, denn die bauen zu wenig und zu teuer. Die Stadt soll vielmehr keine eigenen Grundstücke mehr verkaufen und ihr Vorkaufsrecht nutzen. Auf den so für den Kitabau zur Verfügung stehenden Grundstücken soll sie die Häuser für städt. Kitas bauen, gerade dort, wo der Bedarf hoch ist und/oder viele Menschen mit kleinem Einkommen leben. Bis 2025 braucht Köln 7.000 U3-Plätze an Kitas mehr, damit wenigstens 60 Prozent der Kinder einen Platz bekommen. Kitagebühren für Bezieher kleiner Einkommen möchte ich senken.
- c. Als OB würde ich mich eng mit der Gleichstellungsbeauftragten abstimmen, wo es in der Kölner Stadtverwaltung Verbesserungsbedarf gibt. Was die Kölner Unternehmen angeht, würde ich um eine bessere Vereinbarkeit werben.

4. Leben im Alter

Die Gesellschaft wird immer älter und die Menschen möchten auch im Alter ein gutes Leben führen können. Dazu bedarf es aber u.a. einer altersgerechten Stadtentwicklung, Einkaufsmöglichkeiten, ein gut ausgebauter ÖPNV, eine behinderten gerechte Mobilität und vieles mehr.

a. Wie stellen Sie sich eine Stadtentwicklung vor, die die Bedürfnisse der unterschiedlichen Generationen aufnimmt und verbindet?

b. Welche Ideen haben Sie, Wohnen im Alter, auch bei Pflegebedürftigkeit, lebenswert und bezahlbar zu gestalten?

- a. Alte Menschen und Familien mit Kindern haben in der Stadtentwicklung oft ähnliche Bedürfnisse. Beide legen viele kurze Wege zurück: Zur Kita und Schule, zum Einkaufen, zu Freunden und Bekannten im nahen Umfeld. Deswegen profitieren beide von einer Verkehrsentwicklung, die Fußgänger und öffentlichen Nahverkehr ins Zentrum stellt, nicht das Auto. Dafür stehe ich.
Beide Gruppen meiden Angsträume. Nachts ausgestorbene, autogerechte Straßen und Plätze werden oft zu unüberwindbaren Barrieren. Eine übersichtliche Gestaltung, intelligente Beleuchtung und belebte Plätze werden auch in den Abendstunden als „sicher“ empfunden.
Beide Gruppen brauchen preiswerten Wohnraum, den ich im viel höheren Maße als bisher schaffen will.
Es braucht auch genügend öffentliche Einrichtungen, die Begegnungen ermöglichen, ohne dass man dort für Geld konsumieren muss. Hier ist es wichtig, dass die Stadt viele unterschiedliche Gebäude besitzt, was ich will, die je nach Bedarf flexibel genutzt werden. Wenn der Stadtteil sehr jung ist, baut die Stadt eine Kita. Wenn es

nach 25 Jahren weniger Kinder gibt, kann die Stadt die ehemalige Kita als Altentreff nutzen, ohne teuer zu mieten oder zu kaufen.

- b. Viele Menschen möchten so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben. Das unterstütze ich. Die Stadt bietet dafür haushaltsnahe Dienstleistungen wie Hilfe beim Einkaufen oder Putzen an. Aber viele Menschen können es sich nicht leisten dafür regelmäßig 7 Euro die Stunden zu bezahlen. Hier muss die Stadt zusätzlich zu dem subventionierten Preis einspringen.

Wenn eine Unterbringung im Heim nicht mehr zu umgehen ist, sollen die Bewohner dort in Würde leben können. Der wichtigste Baustein dafür ist ausreichendes Personal, das ohne Zeitdruck verantwortungsvoll pflegen kann. Auch wenn der Bund dafür die grundlegenden Voraussetzungen schafft, hat der Heimbetreiber einen gewissen Spielraum in der Ausgestaltung. Deshalb möchte ich die städtischen Heimpflegeplätze ausbauen. Durch ein Wohnheim für Altenpflegeschüler/innen und Werkwohnungen für Angestellte soll das Unternehmen attraktiv für das knappe Pflegepersonal werden.